Niederschrift

Sitzung des **Rates** der Stadt Bornheim am Dienstag, **22.06.2021**, 18:00 Uhr, in der Rheinhalle, Rheinstraße 201, Hersel

X	**Öffentliche Sitzung**
	Nicht-öffentliche Sitzung

Sitzung Nr.	59/2021
Rat Nr.	**3/2021**

Anwesende

Bürgermeister

Becker, Christoph	Bürgermeister

Mitglieder

Aharchi, Loubna	SPD-Fraktion
Böhme, Maria, Dr.	Bündnis 90/Grüne-Fraktion
Breuer, Paul	ABB-Fraktion
Engels, Günter	CDU-Fraktion
Engels, Hans Günther	CDU-Fraktion
Feldenkirchen, Hans Gerd	UWG/Forum-Fraktion
Freynick, Jörn	FDP-Fraktion
Gordon, Christina	SPD-Fraktion
Hanft, Wilfried	SPD-Fraktion
Hochgartz, Markus	Bündnis 90/Grüne-Fraktion
Jahn, Gabriele, Dr.	Bündnis 90/ Grüne-Fraktion
Jaritz, Karin	SPD-Fraktion
Kabon, Matthias	FDP-Fraktion
Kappenstein, Katrin	Bündnis 90/ Grüne-Fraktion
Knapstein, Günter	CDU-Fraktion
Koch, Christian	FDP-Fraktion
Koch, Maria - Charlotte	Bündnis 90/Grüne-Fraktion
König, Dirk	UWG/Forum-Fraktion
Kretschmer, Gabriele	CDU-Fraktion
Krüger, Frank W.	SPD-Fraktion
Krüger, Ute	SPD-Fraktion
Kuhn, Arnd Jürgen, Dr.	Bündnis 90/Grüne-Fraktion
Lamprichs, Holger	CDU-Fraktion
Lehmann, Michael	Fraktionslos
Mandt, Christian	CDU-Fraktion
Marx, Bernd	CDU-Fraktion
Mauel, Sascha	CDU-Fraktion
Meyer, Thomas	CDU-Fraktion
Peters, Anna	SPD-Fraktion
Preiß, Helmut, Dr.	CDU-Fraktion
Prinz, Rüdiger	CDU-Fraktion
Reile, Björn	ABB-Fraktion
Rothe, Berthold	Bündnis 90/Grüne-Fraktion
Schmitz, Rolf	CDU-Fraktion
Schmitz, Thomas	SPD-Fraktion
Schumacher, Daniel	CDU-Fraktion
Schwarz, Wolfgang	CDU-Fraktion
Söllheim, Michael	CDU-Fraktion

Süß, Marc	ABB-Fraktion
Taft, Linda, Dr.	Bündnis 90/Grüne-Fraktion
Tourné, Peter, Dr.	SPD-Fraktion
Vieritz, Joachim	Bündnis 90/Grüne-Fraktion
von Canstein, Charlotte, Dr.	CDU-Fraktion
von Gliscynski, Florian	Bündnis 90/ Grüne-Fraktion
Wehrend, Lutz	CDU-Fraktion
Züge, Rainer	SPD-Fraktion

Verwaltungsvertreter
Cugaly, Ralf
Kleist, Michael
Paulus, Wolfgang, Dr.
Schier, Manfred, Erster Beigeordneter
von Bülow, Alice, Beigeordnete
Walter, Sabine
Wittenberg, Karin

Schriftführerin
Altaner, Petra

Nicht anwesend (entschuldigt)

Görg-Mager, Tina	Bündnis 90/Grüne-Fraktion
Montenarh, Stefan	UWG/Forum-Fraktion
Roitzheim, Frank	UWG-Fraktion
Strauff, Bernhard	CDU-Fraktion

T a g e s o r d n u n g

TOP	Inhalt	Vorlage Nr.
	Öffentliche Sitzung	
1	Bestellung eines Schriftführers/einer Schriftführerin	
2	Einwohnerfragestunde	
3	Entgegennahme der Niederschriften Nr. 28 vom 25.03.2021 und Nr. 42 vom 11.05.2021	
4	Bebauungsplan Rb 01 in der Ortschaft Rösberg, Ergebnis der Offenlage, Satzungsbeschluss, Beschluss städtebaulicher Vertrag	299/2021-7
5	16. Änderung des Flächennutzungsplans in der Ortschaft Rösberg, Ergebnis der Offenlage, Beschluss	328/2021-7
6	Benennung der Planstraßen in den Baugebieten Ro 23 und Rb 01	258/2021-7
7	Benennung der Planstraßen in den Baugebieten He 31 und He 28	271/2021-7
8	Bornheim auf dem Weg zur Klimaneutralität	219/2021-12
9	Beiträge zur Kindertagesbetreuung, OGS und Tagespflege während der Corona-Pandemie – Monate Februar-Mai 2021	385/2021-2
10	1. Änderung der Richtlinien über die Vergabe von Aufträgen der Stadt Bornheim	357/2021-1
11	Bericht zur finanziellen Situation gemäß § 2 NKF-CIG	336/2021-Beig
12	Sanierungsbedarf Hallenfreizeitbad Bornheim	327/2021-2
13	Antrag der CDU-Fraktion vom 21.04.2021 betr. Spielplatz Alemannenweg / Wikingerstraße, Widdig	242/2021-4
14	Antrag der CDU-Fraktion vom 21.04.2021 betr. Beantragung von Mitteln aus dem Förderprogramm "Grüne Infrastruktur"	243/2021-12
15	Gemeinsamer Antrag der Fraktionen CDU und B'90/Grüne vom 24.05.2021 betr. Übertragung von Ratssitzungen als Livestream	365/2021-1
16	Mitteilung betr. Zwischenbericht zur Umsetzung von Erleichterungen	361/2021-3

TOP	Inhalt	Vorlage Nr.
	für die Außengastronomie	
17	Aktuelle Mitteilungen und Beantwortung von Fragen aus vorherigen Sitzungen	363/2021-1
18	Anfragen mündlich	

Vor Eintritt in die Tagesordnung (der gesamten Sitzung)

Bürgermeister Christoph Becker eröffnet die Sitzung des Rates der Stadt Bornheim, stellt fest, dass ordnungsgemäß eingeladen worden ist und dass der Rat beschlussfähig ist.

Bürgermeister Christoph Becker erklärt, dass er zukünftig an Abstimmungen teilnimmt. Er hatte bislang davon abgesehen, um seine Rolle als Moderator zu verdeutlichen.

Der Rat beschließt auf Vorschlag des Bürgermeisters,

1. die Tagesordnungspunkte
10, Vorlage-Nr. 357/2021-1,
13, Vorlage-Nr. 242/2021-4 und
14, Vorlage-Nr. 243/2021-12
von der Tagesordnung abzusetzen.

2. die Tagesordnung um den Tagesordnungspunkt

9 „Beiträge zur Kindertagesbetreuung, OGS und Tagespflege während der Corona-Pandemie – Monate Februar-Mai 2021", Vorlage-Nr. 385/2021-1,

wegen Dringlichkeiten zu erweitern und

2. den neuen Tagesordnungspunkt 9 nach Tagesordnungspunkt 8 zu behandeln.

Stimmenverhältnis:
- Einstimmig -

Durch diese Änderung der Tagesordnung werden die bisherigen

TOP 9-25 zu neuen TOP 10-26.

Die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wird in folgender Reihenfolge behandelt:
TOP 1-18.

	Öffentliche Sitzung	
1	**Bestellung eines Schriftführers/einer Schriftführerin**	

Frau Altaner ist bereits zur Schriftführerin bestellt.

2	**Einwohnerfragestunde**	

Mündliche Einwohnerfrage von Frau Astrid Costard, Partents for Future betr. Bornheim auf dem Weg zur Klimaneutralität. Zur Erreichung der Klimaneutralität will die Verwaltung einen Maßnahmenkatalog mit Meilensteinen erarbeiten.

1. Werden Sie bei der Beauftragung und Erstellung dieses Maßnahmenkatalogs die

Zeitangaben, „spätestens bis“ mit einbeziehen, d.h. werden sie verschiedene Zielszenarien und Meilensteine erarbeiten lassen, damit es mögliche ist, das Ziel Klimaneutralität so früh wie möglich und wenn irgendwie möglich auch schon vor 2050 (2045) ansteuern zu können?

Antwort:
Unter einem Zeitmaßnahmenkatalog wird verstanden, dass dort auch eine Zeitschiene erarbeitet wird. Bei den Maßnahmen gehören auch Meilensteine dazu, die man definiert und formuliert und an denen man ablesen kann, ob man die gewünschten Erfolge auch erreicht. Die Beschlussvorlage sieht vor, dass bis 2035 80% der CO2 Immissionen und bis 2050 100% in Bornheim reduziert werden sollen. Auf Bundesebene wird das Jahr 2045 diskutiert, insofern bleibt abzuwarten, wie der Rat damit weiter umgeht. Die Verwaltung bereitet sich darauf vor, diesen Beschluss mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln, umzusetzen. Sollte das Ziel schneller erreicht werden können, wird die Verwaltung dies tun.

2. betr. externer Maßnahmenkatalog

Antwort:
Es geht um eine Beratung und Begleitung, den Maßnahmenkatalog muss die Stadt Bornheim miterarbeiten. Er muss auf die Stadt Bornheim mit ihren 14 Ortschaften bezogen sein.

3. Wenn sie von vorneherein vorgeben, dass das Ziel 2050 oder 2045 sein soll, dann werden sich ein externer Maßnahmenkatalog und die Meilensteine nur daraufhin ausrichten. Wenn sie aber sagen, wir wollen verschiedene Szenarien in Auftrag geben, ist das ein Unterschied. Dann könnte man sagen, wir wollen vielleicht 2040 erreichen, prüfen sie uns das bitte durch. Das ist mein Anliegen.

Antwort:
Das Anliegen ist angekommen und so wird das transportiert. Ich denke, dass da auch die Beratung mit uns ins Gespräch kommt und die Stadt Bornheim darin berät, was wie möglich ist.

3	**Entgegennahme der Niederschriften Nr. 28 vom 25.03.2021 und Nr. 42 vom 11.05.2021**	

Der Rat erhebt gegen den Inhalt der Niederschriften über die Sitzung Nr. 28 vom 25.03.2021 und Nr. 42 vom 11.05.2021 keine Einwände.

4	**Bebauungsplan Rb 01 in der Ortschaft Rösberg, Ergebnis der Offenlage, Satzungsbeschluss, Beschluss städtebaulicher Vertrag**	**299/2021-7**

Beschluss:
Der Rat beschließt,

1. zu den Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 BauGB sowie der Beteiligung der Behörden und der sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 BauGB zum Entwurf des Bebauungsplanes Rb 01 in der Ortschaft Rösberg die vorliegenden Stellungnahmen inklusive Beschlussentwürfe der Stadt Bornheim,

2. den vorliegenden Entwurf des Bebauungsplanes Rb 01 in der Ortschaft Rösberg einschließlich der vorliegenden textlichen Festsetzungen und der vorliegenden Begründung gemäß § 10 BauGB als Satzung,

3. den städtebaulichen Vertrag zum Bebauungsplan Rb 01 in der Ortschaft Rösberg einschließlich der vorliegenden Anlagen.

- Einstimmig -
bei 3 Stimmenthaltungen (B90/Grüne tw.)

5	**16. Änderung des Flächennutzungsplans in der Ortschaft Rösberg, Ergebnis der Offenlage, Beschluss**	**328/2021-7**

Beschluss:
Der Rat beschließt

1. zu den Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 BauGB sowie der Beteiligung der Behörden und der sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 BauGB zum Entwurf der 16. Änderung des Flächennutzungsplanes in der Ortschaft Rösberg die vorliegenden Stellungnahmen inklusive der Beschlussentwürfe der Stadt Bornheim,
2. die vorliegende 16. Änderung des Flächennutzungsplanes in der Ortschaft Rösberg mit der vorliegenden Begründung.

- Einstimmig -
bei 4 Stimmenthaltungen (B90/Grüne tw.)

6	**Benennung der Planstraßen in den Baugebieten Ro 23 und Rb 01**	**258/2021-7**

Beschluss:
Der Rat beschließt,

1. die im Baugebiet Ro 23 herzustellende Planstraße 1 „Spargelweg“ und die Planstraße 2 „Sellerieweg“ zu benennen.

2. die im Baugebiet Rb 01 herzustellende Planstraße „Westerwaldstraße“ zu benennen.

- Einstimmig -

7	**Benennung der Planstraßen in den Baugebieten He 31 und He 28**	**271/2021-7**

Beschluss:
Der Rat beschließt,

1. die im Baugebiet He 31 herzustellende Planstraße 1 „Hans-Dietrich-Genscher-Straße“, Planstraße 2 „Pelzdorf Straße“, Planstraße 3 „Zum Weißen Pferdchen“, Planstraße 4 „Eleonore-von-Hersel-Straße“, Planstraße 5 „Scholastikastraße“ und die Planstraße 6 „Dr.-Wilhelm-Smets-Straße“ zu benennen.

2. die im Baugebiet He 28 herzustellende Straße „Mainstraße“ zu benennen.

- Einstimmig -

8	**Bornheim auf dem Weg zur Klimaneutralität**	**219/2021-12**

Die CDU-Fraktion, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die SPD-Fraktion und die UWG-Fraktion stellen den Antrag, die Klimaneutralität bereits bis spätestens 2045 zu erreichen.

RM Prinz stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Schluss der Rednerliste.
Der Geschäftsordnungsantrag des RM Prinz wird einstimmig angenommen.

Beschluss:
Der Rat fasst folgenden Beschluss:

1. Die Stadt Bornheim beschließt, in ihren Zuständigkeitsbereichen bis 2035 die klimarelevanten CO_2-Emissionen um mindestens 80% bezogen auf die zu ermittelnden Emissionen in 1990 zu senken und bis spätestens 2045 Klimaneutralität zu erreichen. D.h. in einer nachweisbaren Quellen-Senken-Bilanz soll spätestens 2045 eine CO_2-Emission im Netto von NULL erreicht sein.

1. Die Stadt Bornheim nutzt aktiv ihr Planungsrecht, um Rahmenbedingungen zu schaffen für klimaneutrales, kosteneffizientes Handeln für alle Bürger*innen, für Gewerbe, Industrie sowie Land- und Forstwirtschaft. Dabei gilt es, neben der Einsparung und effizienten Nutzung von Energie, die Potenziale Bornheims zur Erzeugung erneuerbarer Energien umfassend zu nutzen (z.B. Windenergie, Photovoltaik, Solarthermie und Erdwärme). Im Mobilitätsbereich sind insbesondere der ÖPNV, der Radverkehr und die effiziente Vernetzung von Verkehrsmitteln zu stärken. Auch das Potenzial, langfristig CO_2 in Bornheim zu speichern, gilt es auszuschöpfen – etwa, durch Förderung von mehr Bäumen und Humusaufbau. Die Stadt nutzt dort, wo möglich, die vielfältigen Synergien einer regionalen Vernetzung.

2. Der Bürgermeister wird beauftragt, dem Rat im Sommer 2022 einen Maßnahmenkatalog mit einer zeitlichen Abfolge von Meilensteinen als Bestandteil eines Konzepts vorzustellen, wie die Stadt das Ziel Klimaneutralität erreichen kann. Weiterhin soll aufgezeigt werden, wie klimarelevante Inhalte zukünftig im kommunalpolitischen Alltag einbezogen werden können. Bei den geplanten Maßnahmen wird die Sozialverträglichkeit berücksichtigt. Das mit externer Unterstützung zu erarbeitende Konzept der Klimaneutralen Stadt und die jeweiligen Maßnahmen zur Umsetzung werden proaktiv gegenüber der Bornheimer Bevölkerung kommuniziert.

3. Es soll eine Vorgehensweise erarbeitet werden, wie alle Bornheimerinnen und Bornheimer sowie in Bornheim tätige Personen in das Erreichen der Klimaneutralität eingebunden werden können.

4. Darüber hinaus wirbt die Stadt Bornheim bei allen Beteiligten für klimaneutrales Handeln und informiert über Handlungsoptionen und Fördermöglichkeiten.

5. Sobald das Konzept vom Rat verabschiedet ist -spätestens ab Oktober 2022 - weist die Stadt in Vorlagen mit klimarelevanten Inhalten auf deren quantitativen Auswirkungen, positive wie negative CO_2-Emissionen, im Sinne von Absatz 1 dieses Beschlusses hin.

6. Der Beschluss zur Erreichung der Klimaneutralität hat unmittelbare, dauerhafte Auswirkungen auf Steigerungen im Bereich Finanzen, Personal und Raumbedarf der Verwaltung. Dieser über die bereits im Haushalt 2021/22 bereitgestellten Mittel hinausgehende Bedarf soll im Konzept gemäß Absatz 3 dieses Beschlusses abgeschätzt und dem Rat zusammen mit dem Konzept zur Beratung und Beschlussfassung für die Haushaltsplanungen 2023 ff vorgelegt werden.

Abstimmungsergebnis

41 Stimmen für den Beschluss (CDU, SPD, B90/Grüne, UWG, Lehmann, BM)

06 Stimmen gegen den Beschluss (FDP, ABB)

9	**Beiträge zur Kindertagesbetreuung, OGS und Tagespflege während der Corona-Pandemie – Monate Februar-Mai 2021**	**385/2021-2**

Beschluss:
Der Rat, beschließt, die Erhebung von Elternbeiträgen auf Grundlage der Satzung zur Erhebung von Elternbeiträgen für Kindertageseinrichtungen und der "Offenen Ganztagsschule" (OGS) im Primarbereich der Stadt Bornheim für die Inanspruchnahme von

- Angeboten zur Förderung von Kindern in Kindertageseinrichtungen gemäß § 22, 22a, und 24 SGB VIII sowie § 1 Absatz 1, 3, 13 ff KiBiz,
- Angeboten gemäß § 9 SchulG in Verbindung mit dem Runderlass des Ministeriums für Schule und Bildung vom 23.12.2010 „Gebundene und offene Ganztagsschulen sowie außerunterrichtliche Ganztags- und Betreuungsangebote in Primarbereich und Sekundarstufe I“ (BASS 12-63 Nr. 2)
- Angeboten zur Kindertagespflege

im und für den Zeitraum vom 01. Februar bis 31. Mai 2021 ganz oder zum Teil auszusetzen bzw. erhaltene Zahlungen zu erstatten.
Dies geschieht unabhängig davon, ob in diesem Zeitraum eine Notbetreuung in Anspruch genommen wurde.

- Einstimmig -

10	**1. Änderung der Richtlinien über die Vergabe von Aufträgen der Stadt Bornheim**	**357/2021-1**

- abgesetzt -

11	**Bericht zur finanziellen Situation gemäß § 2 NKF-CIG**	**336/2021-Beig**

Beschluss:
Der Rat nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

- Einstimmig -

12	**Sanierungsbedarf Hallenfreizeitbad Bornheim**	**327/2021-2**

Der Bürgermeister erklärt zu Protokoll, dass nicht alle Aspekte, die für die Verwaltung selbstverständlich eine Rolle spielen, in diesem Beschlussentwurf Ausdruck finden. Das hätte den Beschlussentwurf aus Sicht der Verwaltung unnötig verlängert. Für die Verwaltung ist selbstverständlich, dass der Saunabetrieb während des Neubaus und der Freibadsanierung fortgeführt wird. Außerdem wird auf die Ausführungen auf Seite 4 im Sachverhalt zur Beteiligung der Nutzerinnen und Nutzer verwiesen. Diese Ausführungen sind nicht abschließend zu verstehen, d.h. die Verwaltung versteht es als ihre Aufgabe hier geeignete Formen der weiteren Beteiligung zu entwickeln.

Beschluss:
Der Rat

1. beschließt den funktionalen Neubau des Hallenbades - mit der Maßgabe der Sicherstellung des Schul- und Vereinsschwimmens - sowie die Sanierung des Freibades am aktuellen Standort Rilkestraße

2. beauftragt den Bürgermeister zu prüfen, welche Finanzierungsmodelle für die Umsetzung geeignet sind und diese unter Berücksichtigung von Attraktivität und Wirtschaftlichkeit zu bewerten.

- Einstimmig -

13	**Antrag der CDU-Fraktion vom 21.04.2021 betr. Spielplatz Alemannenweg / Wikingerstraße, Widdig**	**242/2021-4**

- abgesetzt -

14	**Antrag der CDU-Fraktion vom 21.04.2021 betr. Beantragung von Mitteln aus dem Förderprogramm "Grüne Infrastruktur"**	**243/2021-12**

- abgesetzt -

15	**Gemeinsamer Antrag der Fraktionen CDU und B'90/Grüne vom 24.05.2021 betr. Übertragung von Ratssitzungen als Livestream**	**365/2021-1**

Die FDP-Fraktion bittet die Verwaltung zu prüfen, ob dieser Beschluss so getroffen werden kann. Es wird auf die Vorlage-Nr. 464/2012, Ratssitzung vom 08.11.2012 verwiesen.

Der Prüfauftrag widerspricht nicht der damals beschlossenen Zurückstellung.
Der Bürgermeister sagt zu, dass das, was 2012 beschlossen wurde, mit einbezogen wird.

Die CDU-Fraktion, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die SPD-Fraktion und die UWG-Fraktion beauftragen die Verwaltung, nicht nur die Ratssitzungen sondern auch die Ausschusssitzungen in die Prüfung mit einzubeziehen.

Die SPD-Fraktion regt an, dass Ziffer 5 des Beschlussentwurfs erst nach der abgeschlossenen Prüfung durchgeführt werden soll.

Beschluss:
Der Rat beauftragt den Bürgermeister

1. die rechtlichen Voraussetzungen und Bedingungen zur Übertragung von Rats- und Gremiumssitzungen als Livestream zu prüfen,
2. die dazu notwendigen technischen Voraussetzungen zu eruieren,
3. die damit verbundenen investiven und konsumtiven Kosten zu ermitteln für
    a. Kauf oder Mietlösung
    b. stationäre oder mobile Lösung
4. dem Rat einen Vorschlag zu unterbreiten,
    a. wie (mobile Geräte, feste Installation etc.) und ab wann die Umsetzung erfolgen kann, z. B. bei Wiederverfügbarkeit des Ratssaals
    b. unter welchen Voraussetzungen und Bedingungen ein Livestream erfolgen muss und erfolgen kann (u. a. Zustimmungsregelung, technische Realisierung, Löschkonzept, DSGVO-Konformität)
    c. der eine Evaluation nach einem Probebetrieb von mindestens drei und maximal sechs Ratssitzungen vorsieht
    d. mit einem Informationskonzept, wie die Bürgerschaft über das Angebot informiert wird.
5. die Übertragung von Ratssitzungen als Livestream nach dem beschriebenen Probebetrieb zu evaluieren und zwar unter Berücksichtigung des quantitativen und qualitativen Aufwands-Nutzen-Verhältnisses. Die Evaluation soll die Frage beantworten, wie viel ZuschauerInnen über welchen Zeitraum live zugeschaltet waren und welcher personelle und kostenmäßige Aufwand dem gegenübersteht.

Ziffer 5 kann erst dann realisiert werden, wenn der Rat den ihm unterbreiteten Vorschlag (Ziffer 4) beschlossen hat.

Abstimmungsergebnis

43	Stimmen für den Beschluss	(CDU, SPD, B90/Grüne tw., FDP, UWG, Lehmann, BM)
03	Stimmen gegen den Beschluss	(ABB)
01	Stimmenthaltung	(B90/Grüne tw.)

16	**Mitteilung betr. Zwischenbericht zur Umsetzung von Erleichterungen für die Außengastronomie**	**361/2021-3**

- Kenntnis genommen -

Zusatzfrage AM Schumacher
Kann in nicht öffentlicher Sitzung mitgeteilt werden, welche Betriebe die Hilfen in Anspruch genommen haben?
Antwort:
Wird mitgeteilt.

17	**Aktuelle Mitteilungen und Beantwortung von Fragen aus vorherigen Sitzungen**	**363/2021-1**

Mündliche Mitteilungen
des Bürgermeisters betr. andere Nachhaltigkeit bei der Umsetzung von Beschlüssen.

-Kenntnis genommen-

Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen
Keine.

18	**Anfragen mündlich**	

RM Schumacher betr. Flächenschaffung für Kinder/Jugendliche als Freizeitfläche, Boulebahn, ehemaliger Kinderspielplatz Königstraße/Secundastraße/Schillerstraße
Gibt es Hindernisse, dort diese Fläche zum Zwecke und Wohle der Bürgerschaft wiederzubeleben?
Antwort:
Die angesprochene Fläche war im Zuge des Bebauungsplanes Bo 18 vorgesehen in Verbindung mit dem Vorhabenträger diese in einer Gesamtkonzeption zu realisieren. Ob und wo für man die Fläche anderenfalls benutzten kann, die seit vielen Jahren dort relativ sparsam bzw. ungenutzt ist, bleibt der politischen Diskussion vorbehalten. Die Bedarfsfragestellung, soweit es sich um Spielflächen handelt, wäre aus dem Dezernat 3 zu beantworten. Gegenwärtig arbeitet die Verwaltung daran zu klären, ob oder unter welchen Bedingungen die ursprünglich vorgesehene Zielsetzung, jetzt auch mit dem neuen Investor, vorgenommen werden kann.

2. Da der Investor dort 30 Wohneinheiten plant, müsste er eine Spielfläche schaffen. Wäre es dann nicht sinnvoll, direkt mit dem Investor auszuloten, wie man die Fläche (Königstraße/Secundastraße/Schillerstraße), die im städtischen Besitz ist, gemeinsam als Spielfläche nutzen oder bewirtschaften kann und im Rahmen dessen auch eine neue Zuwegung über das Grundstück des neuen Investors zu schaffen, sprich eine direkte Anbindung an die Königstraße herzustellen?

Antwort:
Man kann mit dem Investor über alles reden und muss sehen was dabei herauskommt.

RM Reile betr. Neubau von Schulungs- und Verwaltungsgebäuden, Bibelsemiar in Roisdorf
Warum ist das schon so weit fortgeschritten, wie ist der Sachstand?

Antwort:
Über den aktuellen Stand wird berichtet.

RM Hanft betr. Aufholpaket Corona für junge Generation
Werden für die weitere Umsetzung noch Richtlinien des Landes erwartet?
Wenn ja, ob die Verwaltung dazu eine zeitliche Perspektive geben kann?
Antwort:
Derzeit wird das Landesförderprogramm genutzt und bis zum Eintritt in die Sommerferien finden 140 Gruppenaktionen an den Bornheimer Schulen statt. Für die Sommerferien sind Ferien- und Förderprogramme an den Grundschulstandorten und den weiterführenden Schulen geplant. Auch das wird über das Landesprogramm beantragt.
Auf die Umsetzung der Förderrichtlinien des Bundes wird noch gewartet.
Zu Beginn des neuen Schuljahres in der Einzelförderung und für die Herbstferien wird dann das neue Programm der Bundesförderung greifen.
Bei der nächsten Ratssitzung wird darüber berichtet.

RM König betr. Thema Nichtschwimmer bei Kinder und Jugendlichen
1. Wann werden bei der Stadt Bornheim Schwimmkurse angeboten?
Antwort:
Die Kurse laufen im Sommer an.

2. Werden auch Ferienprogramme angeboten?

Antwort Frau Dr. Böhme:
Es wird Ferienintensivkurse geben.

Die Sitzung wird von 19.50 Uhr bis 20.05 Uhr unterbrochen (Maskenpause).

Ende der Sitzung: 20:20 Uhr

gez. Christoph Becker
Bürgermeister

gez. Petra Altaner
Schriftführung